

Nivedita Menon

Corona-Kapitalismus und das Hindu-Reich¹ in Indien²

(Zur Diskussion)

Das Virus versteht es ungeheuer überlebensstark, in den Petrischalen der lokalen kulturellen und politischen Gebilde so zu mutieren, dass allseits bizarre und doch schmerzlich vertraute Phänomene entstehen. In Indien haben zwei Prozesse das Land in einen Erregungszustand getrieben, seit die *Bharatiya Janata Party* (BJP) bei den Parlamentswahlen von 2014 an die Macht kam – der Raubtier-Kapitalismus und die Politik der Hindu-Vorherrschaft (*supremacy*). Beide haben sich so bruchlos mit dem Virus zusammengetan, dass sie zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch unbesiegbar erscheinen.

Betrachten wir von beiden ein Beispiel, bevor wir uns der längeren Geschichte zuwenden.

Im April 2020, als nach der abrupten Verkündung eines nationale Lockdowns zur „Abflachung der Kurve“ bei den COVID-Infektionen Hunderttausende Wanderarbeiter*innen, von Hunger und Erschöpfung geplagt, lange Strecken in ihre Heimatstaaten wanderten, fällt die Regierung eine Entscheidung, die nur im Kuriositätenkabinett des Kapitalismus Sinn machen kann. Sie genehmigte die Verarbeitung von überschüssigem Reis durch die *Food Corporation of India* zu Äthanol, um alkohol-basierte Handdesinfektionsmittel herzustellen oder dieses zu Benzin beizumischen. Es wurde beschlossen, einen Teil des überschüssigen Getreides, 5 kg pro Person, während der Lockdown-Periode kostenlos zu verteilen; aber nachdem so scheinbar alle Hungrigen im Lande gesättigt waren, gab es immer noch „Überschuss“-Getreide für den Verkauf auf dem Markt, so dass private Firmen mit Handdesinfektionsmitteln Profit machen konnten.

1 Im Originaltext „Hindu Rashtra“. Die Bedeutung des Hindi-Wortes *Rashtra* changiert zwischen „Herrschaft“, „Reich“ und „Nation“ (Anm. d. Übers.).

2 Dies ist die leicht überarbeitete Übersetzung des Artikels „Coronacapitalism and Hindu Rashtra in India“, der zuerst im *Thesis Eleven Online Project: Living and Thinking Crisis* am 3. August 2020 veröffentlicht wurde: <https://thesiseleven.com/2020/08/03/coronacapitalism-and-hindu-rashtra-in-india/>, letzter Aufruf: 19.10.2020.

Inzwischen ist die Entdeckung, dass *namaste*³ in Corona-Zeiten die im Vergleich zum Handschlag hygienischere Begrüßungsform ist, eingemündet in eine allgemeine Verherrlichung der „Hindu“-Kultur und -Zivilisation, wie sie den Weg zum Hindu-Reich schon lange begleitet. (Hier ist aufschlussreich, dass von Seiten der egalitären *Dalit*⁴-Politik oftmals auf dem Handschlag beharrt wird, um die Normen der Unberührbarkeit zu brechen, die die Hindu-Gesellschaft noch immer strukturieren und in der *namaste* ein hierarchisches Signal ist, denn die „oberen“ Kasten grüßen die „niederer“ niemals ehrerbietig mit *namaste*.) Auf allen Ebenen des Hindu-Vormacht-Diskurses – bei BJP-Mitgliedern, Kommentatoren in den sozialen Medien, in safranfarbene Gewänder gehüllten „Weisen“, und in Teilen der gebildeten Mittelklassen – gibt es allen Fakten zum Trotz die selbstgefällig zufriedene Überzeugung, dass der Hindu-Glaube und Hindu-Praktiken Indien vor dem Virus schützen würden. Ein BJP-Führer sagte, als eine religiöse Hindu-Versammlung durch die lokale Verwaltung aufgelöst wurde, dass Indien von dem Corona-Virus gar nicht befallen sein könne, weil es die Heimat von Millionen von Göttern und Göttinnen sei. Als der Premierminister die Inder*innen aufforderte, zu einem bestimmten Zeitpunkt zu klatschen, um dem an vorderster Front arbeitenden Gesundheits- und Pflegepersonal zu danken, gab es viele, die dem zusätzlich einen Hindu-Dreh gaben und behaupteten, astrologische Merkmale dieses Augenblicks würden Corona zwingen, „wegzulaufen“. Tatsächlich wurde „go Corona go“ landesweit von gebildeten Menschen gesungen, die dazu im Glauben, dies würde das Virus vertreiben, auf ihre Metallteller schlugen. Dieses Zelebrieren von „Hindu“-Glaubensvorstellungen ist, wie wir sehen werden, von gehässigster Islamophobie und Kastendiskriminierung begleitet.

Im Folgenden diskutiert Teil I, wie die gegenwärtige Regierung Indiens die Hindu-Nation errichtet hat, sowohl formell auf dem Weg der Gesetzgebung als auch informell durch die Sabotage von Institutionen.

Teil II diskutiert die beschleunigte Offensive des privaten Kapitals unter staatlicher Mithilfe; der Fokus liegt dabei auf zwei mit dem Virus zusammenhängenden Aspekten – der Zwangsarbeit am unteren Ende und am oberen Ende der strahlenden Heraufkunft des Datenkapitalismus.

3 *Namaste* ist die gängige indische Begrüßungsformel. Man begrüßt sich mit gefalteten Händen, leicht geneigtem Kopf und ohne Körperkontakt. (Anm. d. Übers.).

4 *Dalit*: Die früher meist als „Unberührbare“ bezeichneten Niedrigstkasten im hinduistischen System (Anm. d. Übers.).

1. Hindu-Vorherrschaft „durch die Hintertür“

Der Begriff „Hindutva“ reicht nicht länger aus, um die Ideologie, die den indischen Staat antreibt, zu beschreiben. *Hindutva* (Hindu-Sein als politische Identität) ist in der Tat die Ideologie des Hindu-Nationalismus, aber die Betonung lag früher auf „samrasta“, der schrittweisen Assimilation der nicht-hinduistischen Anderen. Inzwischen ist die nackte Fratze der Hindu-Vorherrschaft in den Institutionen des Staates zu Tage getreten.

Indien ist seit dem zweifelhaften Wahlsieg der BJP im Mai 2019 explizit und institutionell zur Hindu-Nation geworden, in einem Prozess, den Yvonne Tew (2018) im Kontext von Malaysia „Theokratie durch die Hintertür“ genannt hat. Der Begriff Theokratie ist für Indien irreführend, weil hinter *Hindutva* kein einheitlicher Klerus steht; ihr Urquell ist vielmehr eine nicht-religiöse politische Organisation, die *Rashtriya Swayamsewak Sangh* (RSS). Tews Studie über die Transformation Malaysias ist dennoch instruktiv. Sie beschreibt „die fundamentale Umbildung des religiösen oder säkularen Charakters einer Verfassung mittels informellen Umbaus durch juristische und politische Akteure statt mittels formeller Mechanismen wie Gesetzesänderungen oder -ergänzungen“ (ebd.: 31).

Formell ist die Rolle des indischen Parlaments bei der Errichtung der Hindu-Vorherrschaft seit dem RSS-Staatsstreich (nur so kann man es nennen) vom Mai 2019 deutlich sichtbar. Die beiden gesetzgeberischen Maßnahmen waren:

- a) die Aufhebung des Artikels 370, durch die der Staat Kashmir abgeschafft und das an seine Stelle getretene *Union Territory* unter einen bis heute aufrecht erhaltenen Ausnahmezustand gestellt wurde; und
- b) die Verabschiedung des *Citizenship Amendment Act 2019* (CAA), das Muslime aus der Liste verfolgter Minderheiten, welche die indische Staatsbürgerschaft erwerben können, explizit ausschloss.

Auch der Supreme Court hat dabei eine Rolle gespielt, indem er den lange anhaltenden Disput über die Zerstörung der *Babri-Moschee* im Jahre 1992 dadurch beendete, dass er diese Zerstörung zwar als kriminelle Handlung einstuft, die Stätte aber trotzdem den Hindu-Antragstellern übereignete und die Regierung aufforderte, die Treuhandschaft für den Bau eines Rama-Tempels am selben Ort zu übernehmen. So forderte ein beflissener *Supreme Court* den nominell immer noch säkularen Staat auf, den Bau eines Hindu-Tempels auf dem Gelände einer Moschee zu garantieren, die durch eben die Kräfte zerstört worden war, welche die gegenwärtige Regierung stellen.

Es gibt eine ganze Reihe von ähnlichen Anbietungen der Gerichte der verschiedensten Ebenen an *Hindutva*-Anordnungen, die die BJP schützen; die sich vornehm zurückhalten, wenn es um patriarchalische Verhältnisse im Hinduismus geht, aber hart gegen das Patriarchat im Islam durchgreifen; und die die Kritiker von *Hindutva* und Vetternwirtschaft kriminalisieren. Auch die Rolle der *Election Commission of India* bei dem Wahlsieg vom Mai 2019 ist höchst dubios. Sie informierte die Öffentlichkeit weder über Unstimmigkeiten in Wahlprotokollen noch über Anomalitäten bei den elektronischen Abstimmungsmaschinen und leugnete, dass private Firmen in den Betrieb der Wahlmaschinen involviert waren – alles zum Vorteil der Regierungspartei.⁵

All dies vollzog sich unter Beibehaltung des Begriffs „säkular“ in der Präambel der Verfassung. Bemerkenswerterweise legt der RSS jetzt das Schwergewicht auf die Streichung des Begriffs „sozialistisch“ aus der Präambel, nachdem der Begriff „säkular“ schon „über die Hintertür“ jeglichen Sinnes entleert wurde. Beide Begriffe wurden während des nationalen Ausnahmezustands (1975-1977) durch eine Verfassungsänderung eingefügt, aber dem Begriff „säkular“ wurden offensichtlich zwischen 2014 (als diese Regierung für ihre erste Wahlperiode an die Macht kam) und heute (insbesondere seit Mai 2019) die Zähne gezogen, so dass er bleiben kann. Seine nominelle Präsenz in der Präambel könnte für indische Wirtschaftsinteressen sogar notwendig sein, um als Feigenblatt gegenüber deren weltweiten kapitalistischen Partnern zu dienen – von denen einige Vorbehalte gegenüber allzu aufdringlicher Hindu-Vorherrschaft haben, obwohl die Rechten in Europa, USA und Israel auf der gleichen Wellenlänge funken. Aber erst als die mächtigen arabischen Staaten sich schließlich gegen allzu lautstarke Islamophobie in Indien wandten, twitterte Modi über „humanistische Werte“ und dass „das Virus keine Religion habe“.

1.1 Islamophobie und das Virus

Die Regierung setzte schon früh im COVID-19-Lockdown eine Spirale der Islamophobie in Bewegung, als sie eine religiöse Versammlung der Muslim-Organisation *Tablighi Jamaat* in Delhi mit internationalen Teilnehmer*innen, die zu einem Anstieg der Infektionen führte, zum Schuldigen erklärte. Es gab davor und danach einige weitere große öffentliche Versammlungen gleicher Art, aber sie wurden nicht in ähnlicher Weise herausgehoben.

5 The Quint, Poonam Agarwal, Pvt Consultants Have EVM Access, Why is EC Denying It? Video Editor: Vishal Kumar, 4.8.2019, <https://www.thequint.com/news/india/pvt-consultants-had-evm-vvpat-access-why-is-the-ec-denying-it>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

Die Medien waren, wie Ritika Jain (2020) zeigt, bis zum 29. März 2020 fokussiert auf Reportagen über Millionen von Wanderarbeiter*innen, die „weil die Regierung mit vierstündiger Vorlaufzeit einen 21-Tage-Lockdown verkündet hatte, arbeitslos, wohnungslos und unvorbereitet aus den Städten strömten und versuchten auf langen Wegen mit Mopeds, Fahrrädern oder zu Fuß nach Hause zu gelangen“. Aber am Abend dieses Tages „endeten die Berichte über den Anstieg. Der explizite Zusammenhang mit *Tablighi Jamat* wurde drei Tage später durch die Regierung hergestellt“.

Jain zeigt, dass das Geschacher mit Fake News und Videos und falschen Behauptungen über Muslime und COVID-19 von allen Ebenen des RSS-Netzwerks ausgingen – Regierung, BJP-Parlamentarier*innen, BJP-Mitgliedern, und der infamen *BJP Information Technology Cell* mit ihren Kampagnen in den Sozialen Medien.

Dies verlieh der weit verbreiteten Gewalt gegen Muslime unvermeidlich Legitimität. Oft wurde diesen sogar die Aufnahme ins Krankenhaus verweigert. Ein Krankenhaus in Gujarat wies Hindus und Muslime mit COVID-19 in getrennte Stationen ein. Muslimische Obst- und Gemüse-Verkäufer*innen wurden bedroht, körperlich angegriffen und in Gemeinden boykottiert.

In Mumbai ordnete der *municipal commissioner* in einem Rundbrief an, dass die Leichen aller an COVID-19 verstorbenen Personen unabhängig von ihrer Religion verbrannt werden sollten⁶. Eine gesundheitsbedingte Notwendigkeit dafür ist weder in den Richtlinien der WHO noch in denen der Regierung aufgeführt. Nach Interventionen auf unterschiedlichen Ebenen wurde die Verordnung schließlich zurückgezogen.

Aber die Botschaft ist klar: Muslimen muss eine Lektion dafür erteilt werden, dass sie keine Hindus sind.

1.2 *Sangh* in Aktion – nicht nur „business as usual“ für den indischen Staat

Verweilen wir einen Moment beim RSS, der massiven, ausschließlich männlichen Organisation, die 1925 mit dem Ziel der Errichtung der Hindu-Nation gegründet wurde. Sie bezeichnet sich selbst als kulturelle, nicht-politische Vereinigung, aber sie kontrolliert die BJP. Der Premierminister und der Innenminister sind beide altgediente RSS-Mitglieder, genau wie praktisch alle wichtigen Funktionäre der Partei, einschließlich einiger Ministerpräsidenten der Bundesstaaten.

6 Muslim*innen werden normalerweise beerdigt, Hindus verbrannt (Anm. d. Übers.).

Hunderte anderer Organisationen arbeiten unter dem Schuttschirm des RSS. Ihre Ideologie nennt sich *Sanghavad* und ist die spezifische Form, die der Faschismus in Indien annimmt.

Seit den 1990er Jahren hat der RSS ihren Zugriff auf Individuen in staatlichen Institutionen, der Polizei und der Bürokratie stetig verstärkt. In Bundesstaaten, in denen die BJP an der Macht ist, hat der RSS die direkte Kontrolle über die Staatsregierungen. Seit 2014 und besonders seit Mai 2019 hat der RSS durch Zusammenarbeit zwischen Staatsregierungen, Polizei und Kriminellen eine gewalttätige Kontrollmacht über Minoritäten, speziell über Muslime aufgebaut. RSS-Mitglieder werden durch die Regierung als Staatsanwälte in Verfahren zu anti-muslimischen Pogromen, sogenannten *communal riots*, ernannt, um sicherzustellen, dass angeklagte Hindus freigesprochen werden.

Es fällt auf, dass nur in Staaten, in denen die BJP an der Macht ist, die landesweiten Proteste gegen den *Constitutional Amendment Act* seit 2020 angeblich in Gewalt ausarteten. Dies liegt daran, dass die Polizei unter der Kontrolle der Staatsregierungen steht – außer in Delhi, wo sie der Zentralregierung unterstellt ist. Faktenchecks durch Bürger*innengruppen und Journalist*innen in diesen Staaten legen eine Komplizenschaft zwischen RSS-Aktivist*innen und lokalen Kriminellen nahe, angefangen mit Steinwürfen aus Anti-CAA-Demonstrationen heraus bis zu Brandstiftung an öffentlichen Gebäuden. Auch in Delhi gab es Gewalt nur in den 7 (von 70) Wahlkreisen, die die BJP bei den Parlaments-Wahlen im Februar 2020 gewonnen hatte. Für Polizei-Komplizenschaft bei vorab geplanter Gewalt gibt es starke Anzeichen (Ellis-Petersen & Rahman 2020).

Wenn Gewalt „ausbricht“, wird sie mit massiven und gewalttätigen Vergeltungsmaßnahmen gegen Muslime beantwortet: Massenverhaftungen, brutale Prügelattacken in Polizeiwachen, Verweigerung von Rechtsbeistand. In Uttar Pradesh erhob die Regierung horrenden Summen an „Kompensation“ für die Zerstörung von Staatseigentum, hauptsächlich von prominenten Muslimen (aber auch von einigen armen), auch von Personen, die zu dem Zeitpunkt, zu dem die Proteste „gewalttätig“ wurden, unter präventivem Hausarrest standen. Auch Journalist*innen berichten, die Polizei habe in Uttar Pradesh ein Terrorregime über die Muslime errichtet (Ellis-Petersen 2020).

Die Geschichte der Polizeigewalt und -ausschreitungen gegen Muslime im unabhängigen Indien ist jedoch lang – und nicht nur gegen Muslime. Deshalb argumentieren manche, was gegenwärtig passiert, sei nur *business as usual*, denn die Mehrzahl der Inder*innen hätten die ganze Zeit in einem nicht deklarierten Ausnahmezustand gelebt – *Dalits*, Adivasi⁷, Arme und

7 *Adivasi*: Indigene, früher meist „tribals“ genannt (Anm. d. Übers.).

natürlich auch Muslime. Aber das wäre eine falsche Analyse – ähnlich wie die orthodoxer Marxisten, welche keinen Unterschied sieht zwischen dem liberalen demokratischen Staat und dem faschistischen Staat, weil beide kapitalistisch seien. Was heute passiert, hat einen spezifischen Charakter, den wir zur Kenntnis nehmen müssen

In meiner Sicht gibt es drei Merkmale, die als spezifische Transformationen des indischen politischen Systems durch die Hindu-Nation angesehen werden müssen:

*1. Die formelle Nicht-Anerkennung und Enteignung der Muslim*innen:* Der *Sachar Committee Report* von 2006 zeigte, dass Muslime gemäß den sozioökonomischen Indikatoren noch schlechter gestellt waren als selbst die historisch marginalisierten Gemeinschaften der *scheduled castes (Dalits)* und *scheduled tribes (Adivasi)*. Zwar gab es auch schon früher Pogrome gegen Muslime, ausgeübt meistens durch RSS-nahe Gruppierungen, aber formell waren alle Gemeinschaften vor der Verfassung gleich.

Die jüngsten Entwicklungen haben allerdings die Aufhebung dieser formellen Gleichstellung der Muslime zur Folge gehabt. Direkte Attacken gegen das Leben und den Lebensunterhalt von Muslimen wurden gesellschaftsfähig gemacht. Neue Gesetze gegen „Kuhschlachten“ wurden erlassen und schon vorhandene reaktiviert, die für Angriffe von Polizei und Überwachungsorganen gegen jede Form des Rinderhandels einen Schutzschild abgeben. Weiterhin ermöglichen Lynch- und Verhaftungsdrohungen die Entstehung eines Erpressungsnetzwerks von RSS-nahen Gruppierungen wie *Bajrang Dal*, die die Fortführung des Rinderhandels gegen Schutzgeldzahlungen erlauben, wie Nirajan Takle in einer verdeckten Umfrageaktion in Gujarat herausfand⁸.

Dass die Regierung ein Gesetz zur Kriminalisierung der einseitig durch den Ehemann verfügbaren Ehescheidung nach muslimischen Personenstandsrecht, die sowieso schon durch den Supreme Court verboten war, beschloss, ist ein weiteres Signal an ihre Anhänger und an die Muslime, dass letztere auf verschiedenste Weise entrechtet werden sollen. Ehefrauen zu verlassen ist schließlich keine religionspezifische Praxis. Muslimische Männer werden ohnehin schon weit überproportional im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil ins Gefängnis gesperrt (ebenso wie *Dalits* und *Adivasi*); und dieses Gesetz wird ihre Zahl weiter erhöhen.

Der wichtigste Markstein der formellen Entrechtung der Muslime ist jedoch der *Constitutional Amendment Act* von 2019, der Muslimen den

8 *Secrets of Gau-rakshak – Niranjana Takle Talks about Cattle Smuggling*. Youtube, 22.3.2019 <https://www.youtube.com/watch?v=1TdervqTjGk>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

Flüchtlingsstatus verwehrt, ein Vorläufer des *National Register of Citizens* (NRC), welches „illegale Immigrant*innen“ identifizieren soll. Der Innenminister buchstabierte die Chronologie der Entwicklung von dem CAA über das *National Population Register* (NPR) zum NRC aus und stellte klar, dass der CAA alle Nicht-Muslime vor dem Illegalen-Status schützen würde, sobald das NPR und NRC in Kraft seien. Nach landesweiten Protesten erklärte Premierminister Modi, die Menschen seien durch die Opposition „irreführt“ worden und das NRC würde nicht in Erwägung gezogen. Aber drei Monate später wiederholte die Regierung gegenüber dem Supreme Court, dass „die Erstellung eines NRC eine notwendige Aufgabe für jeden souveränen Staat sei, um Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger zu identifizieren und illegale Migranten zu deportieren oder auszuweisen“ (Rautray 2020).

Nach zwei zentralen Ergänzungsgesetzen zum *Citizenship Act* von 1955 in den Jahren 1986 und 2003 gibt es drei Kategorien, in die man je nach Geburtstag gehört:

- a) Wenn man zwischen 1950 und 1987 in Indien geboren ist, reicht die Geburt in Indien für die Staatsbürgerschaft aus.
- b) Wenn man zwischen 1987 und 2004 in Indien geboren ist, ist es zusätzlich erforderlich, dass ein Elternteil indische/r Staatsbürger*in ist.
- c) Wenn man nach 2004 in Indien geboren ist, muss ein Elternteil indische/r Staatsbürger*in sein und zusätzlich darf kein Elternteil ein/e „illegale/r Migrant*in“ sein.

„Illegale/r Migrant*in“ und „zweifelhafte/r Staatsbürger*in“ sind Code-Wörter für Muslime, obwohl auch andere unter dieses Raster fallen können. Diese Identitäten können auf der Basis puren Verdachts durch irgendwen in der Kommandokette verliehen werden – durch einen lokalen Beamten, den du kennst, möglicherweise angestachelt durch jemand, der ein Auge auf das Land geworfen hat, auf dem du wohnst; durch einen Bürokraten; durch den Richter an einem abgelegenen Gericht, der eine Sprache spricht, die du nicht verstehst. Aber im Endeffekt muss jede Person selbst beweisen, dass sie oder ein Elternteil in Indien geboren ist oder dass sie *kein* illegaler Ausländer ist – je nachdem, wann sie geboren ist. Und die Beweislast liegt bei der Person, deren Staatsbürgerschaft für „zweifelhaft“ erklärt wird. Auch welche Dokumente als Beweismittel akzeptiert werden, ist unvorhersehbar.

Was dies nach sich ziehen wird, ist eine weitgehende Entrechtung der Muslime wie auch der Armen im Allgemeinen, der *Dalits* und anderer Minoritäten – von den Wählerlisten gestrichen und jeglichen rechtlichen Status beraubt. Schon der Besitz von Dokumenten ist ein Luxus, über den

die meisten Inder*innen nicht verfügen – Wanderarbeiter*innen; Frauen, die nach der Hochzeit in die Dörfer ihrer Männer ziehen; Arme, die keine Möglichkeiten haben, ihre Dokumente vor Schädlingen, Hochwasser oder Feuer zu schützen; trans- und intersexuelle Kinder, die von ihren Familien ausgesetzt werden; Homosexuelle, die von zuhause weglaufen, um Gewalt zu entkommen; Sex-Arbeiter*innen.

Aber nicht alle „zweifelhaften Staatsbürger*innen“ werden in Haftanstalten verbracht und auch nicht ausschließlich Muslime. Es gibt einfach nicht genügend Platz, um alle Muslime und Nicht-Muslime, die den NRC-Test nicht bestehen, dort unterzubringen. Im Endeffekt wird das NRC dafür sorgen, dass das ganze Land ein einziges Gefängnis und die große Masse der Bevölkerung von den Wählerlisten ausgeschlossen wird und auf die Gnade von Erpressern und Wucherern angewiesen unter Terror und Ungewissheit lebt. Das meiste wären dabei Kollateralschäden, denn das Zielobjekt des NRC sind die Muslime.

Während des Pandemie-Lockdowns wurden systematisch Personen – größtenteils Muslime – verhaftet, die an den friedlichen Anti-CAA-Demonstrationen teilnahmen. Während der Proteste war das ganze Land in Aufruhr, und es waren nicht nur Muslime, die protestierten. Verhaftungen oder Auflösung von Proteststätten hätten die Regierung zu der Zeit deshalb in große Verlegenheit bringen können. Als jedoch die „öffentliche Gesundheit“ ins Spiel gebracht worden war, wurden Proteste gewaltsam durch die Polizei aufgelöst und Tausende von Verhaftungen vorgenommen. Die Verhaftungen in Delhi wurden unter dem Verdacht der Verantwortung für die Gewalt im Februar 2020 vorgenommen, Gewalt, die in Wahrheit, wie oben erwähnt, ein von RSS-nahen Organisationen veranstaltetes Pogrom gegen Muslime war. Muslime waren mit ihrem Leben und ihrem Eigentum am meisten betroffen, aber gerade sie wurden in großer Zahl verhaftet.

Der Lockdown sorgte für einen politischen Ausnahmezustand, in dem demokratische Rechte aufgehoben wurden. Er trifft die Muslime am verheerendsten. Die Repression geht unvermindert weiter.

2. Die Hindu-Nation funktioniert durch kontrolliertes Chaos: Anders als die *communal riots* in früheren Phasen, die einen Anfang und ein Ende hatten, ist das, was seit 2014 entfesselt wurde, eine Lynch-Mob-Kultur, die einen Zustand permanenter Unruhe, permanenter Bedrohung und permanenten Terrors schafft. Gewalt kann jetzt allüberall durch einen oder zwei mit dem RSS liierte Aktivist*innen ausgelöst werden, die sich in eine größere Menge mischen, welche dann erkennt, dass sie sich straflos an der Gewalt beteiligen, sie genießen und aufzeichnen kann. Diese neue Art von Gewalt zielt

nicht auf ganze Gemeinschaften, sondern auf einzelne Muslime, einzelne *Dalit*, einzelne Frauen. Daher können die Behörden jedesmal sagen, die je spezielle Tat sei kein Fall von kommunaler oder Kasten-Diskriminierung oder sexueller Gewalt, sondern einfach ein anomaler krimineller Akt, ein Fall für die Justiz, den sie separat verhandeln oder zu den Akten legen muss.

Die so konstruierte Strafflosigkeit kompensiert die vollständige Machtlosigkeit arbeitsloser subalternen junger Männer im System und der zusammenbrechenden Wirtschaft. Sie brauchen weder Arbeit noch Einkommen, wenn sie das Rauscherlebnis haben können, einen beliebigen Mittelklassenmenschen anhalten und zwingen zu können, „Jay Sri Ram“⁹ zu rufen. Einmal traf das einen Hindu-Arzt, ein anderes Mal einen weißen Touristen in Varanasi, aber unzählige Male wurden Muslime erst gezwungen, „Jay Sri Ram“ zu singen, und anschließend verprügelt, gefoltert, getötet. Auch Gewaltakte gegen *Dalits* wurden seit 2014 zahlreicher und heftiger.

Diese Lynch-Mob-Kultur zapft tief verankerte Rechtfertigungsreservoirs für die Gewalt gegen *Dalits* und Frauen in der Hindu-Gesellschaft an und lässt sie aus dem Verborgenen ins offene Licht treten.

Die Muslim-Pogrome in Uttar Pradesh Anfang Januar und in Delhi im Februar 2020 folgten dem älteren, etablierten Muster: organisierte und im Voraus systematisch geplante Attacken auf Muslim-Häuser, -Geschäfte und -Personen. In ein oder zwei Fällen mag dies zu defensiven Gegenschlägen der Gemeinden geführt haben, von religiösen Auseinandersetzungen auf Augenhöhe kann jedoch keineswegs die Rede sein. Und es könnte sogar sein, dass ein Teil der Gewalt gegen Hindu-Häuser und -Geschäfte vorab geplant war, um diesen Eindruck zu erwecken. Der Bericht der *Minority Commission* von Delhi über die Gewalt lässt keinen Zweifel an deren „geplanter und zielorientierter“ Natur.¹⁰

Paul Brass (2003) nennt dies ein „institutionalisiertes System der Krawall-Produktion“ (ebd.: 15). Der Terminus „riot“¹¹, der an spontane und unvorhersehbare Massenaktionen denken lässt, ist dabei eine absichtliche Fehlbezeichnung. Tatsächlich bedeuten *communal riots* in Indien, wie Brass in extensiven Studien gezeigt hat, sorgfältig berechnete Aktivitäten von Leuten mit genau vorgezeichneten Rollen und Verantwortlichkeiten – Informant*innen, Propagandist*innen, Journalist*innen, die aus der Propaganda Nachrichten machen.

9 Etwa: „Sri Rama sei gepriesen“ (Anm. d. Übers.).

10 „Delhi Minority Panel Report: ‚NE Riots Preceded by Calls for Violence during Poll Season‘“. In: *Express News Service*, 17.7.2020 <https://indianexpress.com/article/cities/delhi/delhi-minorities-commission-blames-bjp-leaders-for-february-riots-in-report-6509457/>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

11 Hier mit „Krawall“ übersetzt (Anm. d. Übers.).

Während das ältere Modell der plötzlichen systematischen Pogrome fortbesteht, ist die Aufrechterhaltung eines konstanten Zustands des kontrollierten Chaos und einer Atmosphäre des Terrors speziell für Muslime heute das eigentliche Problem. Ein extremes Symptom des sozialen Kollapses ist das Mobbing und die generalisierte Gewalt gegen Ärzt*innen und Pflegepersonal, die COVID-Patient*innen behandeln. Diese geht so weit, dass lokale Communities die Beerdigungen oder Verbrennungen der Leichen aus Furcht vor Infektion in ihrer Gemeinde verhindern wollten, was die *Indian Medical Association* veranlasste, rechtlichen Schutz für medizinisches Personal zu fordern. Eine drakonische Verordnung wurde unmittelbar danach verabschiedet.

Auch wenn dieser vollständige Zusammenbruch der gesellschaftlichen Normen nicht direkt mit dem RSS zusammenhängt, ist er doch ein Phänomen, das durch die Machtübernahme durch den RSS möglich gemacht wurde.

3. Wir erleben *eine beispiellose Zerschlagung von Dissens*, selbst durch Privatpersonen in den sozialen Medien, und die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und kritischem Denken in den Universitäten. Tatsächlich fasst der Entwurf einer neuen Bildungspolitik ins Auge, das ganze Bildungssystem direkt dem Premierminister zu unterstellen.

Zu Zielscheiben werden Individuen meistens durch Anzeigen von Privatpersonen bei der Polizei oder den Gerichten, aber die Tatsache, dass Polizei und Gerichte solche Beschwerden ernst nehmen, ist ein Anzeichen für indirekte RSS-Beteiligung. Vor kurzem hat die Regierung in einem außergewöhnlichen Vorstoß zwei TV-Kanäle für 48 Stunden gesperrt, weil sie dem „RSS gegenüber kritisch“ seien und sich in ihrer Berichterstattung über das Delhi-Pogrom „auf die Seite einer Community“ geschlagen hätten. Das heißt, dass diese Kanäle nicht eines der beiden akzeptablen Narrative präsentierten – dass entweder „beide Seiten schuldig“ oder die Muslime für die Gewalt verantwortlich seien. Noch wichtiger: dem RSS gegenüber kritisch zu sein, wurde explizit als Grund für die Sperrung angegeben. Die Verordnung wurde nach heftigen Protesten aus Teilen der Medien zurückgezogen, aber die harte Hand des RSS an den Zügeln der Indien=Hindu-Nation ist deutlich. Die Meinungszensur wird vervollständigt durch die Schwächung der Medien, die weitgehend eingeschüchtert oder gekauft werden, so dass Selbstzensur die Notwendigkeit von RSS- oder Regierungs-Eingriffen oftmals erübrigt. Eine Flut von bösartigen Online-Angriffen gegen Anti-Establishment-Comics durch rechte Hindu-Trolle sowie Verhaftungsdrohungen haben viele der Autor*innen zu öffentlichen Entschuldigungen veranlasst.

Unterdrückung von Dissens gab es auch während des Notstands 1975-1977, aber das war eine auf zwei Jahre beschränkte und vom Staat exekutierte Episode. Jetzt sind wir aber schon seit sechs Jahren in einem unerklärten Krieg gegen Dissidenten (Morde eingeschlossen), geführt vom Staat, von allen möglichen Menschen, „deren Gefühle verletzt sind“, oder von bewaffneten *Hindutva*-Terrororganisationen. Während der Ausnahmezustand eine Polarisierung des Staates gegen das Volk auslöste, hat die Hindu-Vorherrschaft eine Situation der molekularen, alltäglichen Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungsteile geschaffen, die jetzt die Form eines fortlaufenden einseitigen Bürgerkriegs speziell gegen Muslime, aber auch gegen *Dalits*, und andere Minoritäten wie auch gegen alle Gegner*innen des Hindu-Reichs annimmt. Der andere zentrale Unterschied zwischen Autoritarismus und Faschismus ist, wie der ägyptische Wissenschaftler Mamdouh Habashi in einem Seminar ausgeführt hat¹², dass nicht jeder Autoritarismus durch eine eigene Ideologie angetrieben wird – wie der Faschismus und wie *Sanghavad*.

Diese drei Merkmale, die alle unentwerrbar mit dem Nationalismus verbunden sind, sind es, die das Hindu-Reich vom *business as usual* unterscheiden. Jedes Merkmal markiert auf seine Weise das Nationalistische im Gegensatz zum Antinationalen, moduliert inzwischen durch die Pandemie; und bei jedem geht es explizit um die Errichtung der *Hindu-supremacy*.

2. Zwangsarbeit und Datenkapitalismus sind das untere und das obere Ende des Corona-Kapitalismus

2.1 Zwangsarbeit

Das unerträgliche Bild von Wanderarbeiter*innen, die es geschafft hatten, ihren Heimatstaat Uttar Pradesh zu erreichen und dort mit Desinfektionsmitteln abgesprüht wurden, hat so weitverbreitete Empörung in Indien und negative Publizität in den ausländischen Medien provoziert, dass das Gesundheitsministerium eilends eine Erklärung herausgab, dass dies nicht sein dürfe.

Aber diese Brutalität und Gefühllosigkeit gegenüber Arbeiter*innen und Armen geht direkt von der Spitze des Regimes aus. Von dort wird signalisiert, wer dazu gehört und wer nicht. Der Unterschied in der Behandlung ist gewaltig und muss nicht einmal gerechtfertigt werden. Zum Beispiel organisierte die Regierung von Uttar Pradesh während des Lockdowns Busse, um Studierende aus anderen Bundesstaaten zurückzuholen – zur selben Zeit,

¹² Mamdouh Habashi führte dies in seinem Vortrag beim *Left Dialog Forum* aus, organisiert vom *Co-operative and Policy Alternative Centre*, Johannesburg, 13.-14.3.2020.

als Tausende Arbeiter*innen weite Strecken zu Fuß nach Hause unterwegs waren, weil keine Transportmöglichkeiten für sie organisiert wurden, eben weil sie gehindert werden sollten, die Bundesstaaten zu verlassen, in denen sie gestrandet waren. Sonderflüge und Krankenhausbetten wurden durch die Regierung bereitgestellt, um Inder*innen, die im Ausland gestrandet waren, zurückzuholen.

Inzwischen waren Hunderttausende Wanderarbeiter*innen in entsetzlichen Verhältnissen gefangen, Opfer von Gerüchten und Falschmeldungen über bereitgestellte Busse und Sonderzüge für ihre Heimreisen. Und als sie mit ihren mageren Habseligkeiten und ihren kleinen Kindern an den Bushaltestellen und Bahnhöfen ankamen, wurden sie in Mumbai mit Schlagstock-Attacken, in Surat mit Tränengas empfangen. Abgesehen von den bundesstaatlichen Regierungen in West-Bengalen, Kerala und Delhi, die Verantwortung für die Ernährung von Hunderttausende übernahmen, waren es hauptsächlich gewöhnliche Bürger*innen, die übers ganze Land fuhren, um finanzielle und physische Unterstützungsnetzwerke zusammen mit NGOs aufzubauen und so ein Massensterben durch Hunger zu verhindern. Der Beitrag der Zentralregierung hierzu ist gemäß ihrer eigenen Antwort an den Supreme Court zu vernachlässigen.

Der Kollateralschaden dieser tragischen, durch die Regierung produzierten Krise ist hoch: Todesfälle wegen Erschöpfung durch den Marsch selbst, durch Polizeigewalt, durch Hunger.

Die Hungersnot in Bengalen (1943) und die Teilung Indiens (1947) sind die historischen Ereignisse auf dem Subkontinent, die durch die herzzerreißenden und wütend machenden Bilder von dem katastrophalen „langen Marsch“ der Arbeitsmigrant*innen in Erinnerung gebracht werden.

Noch wichtiger sind jedoch andere Parallelen, die die Unentbehrlichkeit der Zwangsarbeit für den Kapitalismus im 20. Jahrhundert belegen, allen voran die Nazi-Diktatur in Deutschland. Sie war in ganz erheblichem Maß auf Zwangsarbeit durch hunderttausende Zivillist*innen, Kriegsgefangene und Inhaftierte in Konzentrationslagern gegründet. Die Konzentrationslager versorgten Staatsbetriebe, aber auch Dutzende von privaten Konzernen wie die IG Farben und landwirtschaftliche Betriebe mit kostenloser Arbeitskraft.

Dabei hat Deutschland zweifellos nur die Praktiken perfektioniert, die die europäischen Kolonialmächte in Afrika seit Jahrzehnten erprobt hatten: Zwangsarbeit und schrankenlose Gewalt sind für den Kolonialismus konstitutiv, und sie lieferten den Motor, der den europäischen Kapitalismus in Bewegung hielt, wie Aimé Césaire (2000: 36, 42, 57) ausgeführt hat.

Welche Mächte maßen es sich an, die Wanderarbeiter*innen zu Arbeit zu zwingen, in Lager zu stecken und als Kriminelle zu behandeln? Warum tritt

der indische Staat freien Bürger*innen, die das fundamentale Grundrecht der Rückkehr nach Hause wahrnehmen, als Zwangsmacht entgegen, während er dieses Recht anderen Bevölkerungsgruppen sehr wohl zugesteht.

Die Antwort ist in ihrer Einfachheit schlagend. Durch die Macht des Kapitals, sonst nichts. Man blicke nur auf die folgenden Fakten:

- a) Im Monat April während des Lockdowns gab es immer wieder Nachrichten, die auf eine wachsende Furcht vor einer für das Kapital bedrohlichen Wirtschaftskrise hindeuten, weil es an Arbeitskräften in Folge der Heimkehr von Wanderarbeiter*innen fehlte: im Punjab in der Landwirtschaft; in Maharashtra bei der Entladung von Fracht in den Häfen, beim Befüllen der ATMs mit Bargeld, bei der Belieferung von kleineren Geschäften, im Bau- und Immobiliengeschäft überall im Land und in der Stahlindustrie.
- b) In einer Verfügung vom 19. April erließ das Innenministerium ein Standard Operating System zur Mobilität von gestrandeten Arbeitskräften, welches verordnete¹³:
 - 1. Ein vollständiges Verbot für Wanderarbeiter*innen – selbst für solche, die für „nicht-infiziert“ befunden wurden – sich aus dem Staat, in dem sie gestrandet waren, zu entfernen und in ihre Heimatstaaten zurückzukehren.
 - 2. Beschäftigung von „nicht-infizierten“ Arbeiter*innen in „Industrie, verarbeitendem Gewerbe, Bauwesen, Landwirtschaft und MNREGA-Arbeiten“¹⁴ ausschließlich in dem Bundesstaat, in dem sie sich gerade aufhalten (gestrandet sind), wozu sie sich „bei der zuständigen lokalen Behörde registrieren lassen müssen“.

Dies wäre dann schlicht und einfach Zwangsarbeit. Nach dem COVID-19-Test wären die nicht-infizierten Arbeiter*innen gezwungen worden, in dem Staat zu bleiben, wo sie gerade festsitzen, und könnten jederzeit dorthin transportiert werden, wo ihre Arbeitskraft gebraucht wird.

Im Nachhinein wird klar, dass der Lockdown mit nur vier Stunden Vorlaufzeit nicht Ineffizienz signalisiert, sondern bewusst geplant war, um die Arbeitskräfte daran zu hindern, die Städte zu verlassen.

Es gab einen Aufschrei, die Verfügung wurde nicht in Kraft gesetzt, schließlich ward nichts mehr von ihr gehört. Jedoch die Versuche der

13 <https://www.mha.gov.in/sites/default/files/MHA%20Order%20Dt.%2019.4.2020%20with%20SOP%20for%20movement%20of%20stranded%20labour%20within%20the%20State%20and%20UT.pdf>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

14 MNREGA (*Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act*) ist ein Regierungsprogramm, das allen Haushalten im ländlichen Indien bis zu 100 vom Staat bezahlte Arbeitstage pro Jahr garantieren soll (Anm. d. Übers.).

Industrie in Zusammenarbeit mit der Regierung die Arbeitskräfte zu zwingen, zu bleiben, wo sie gebraucht wurden, setzten sich fort und wurden in manchen Fällen durch öffentlichen Druck vereitelt.

Nach einem vom *Stranded Workers Action Network* veröffentlichten Bericht hatten 89 % der gestrandeten Migrant*innen von ihren Arbeitgebern in der Lockdown-Periode überhaupt keinen Lohn erhalten. Der Bericht beruht auf Interviews mit über 11.000 gestrandeten Arbeiter*innen (Das 2020). Die Regierung hat keine Schritte unternommen, um hiergegen vorzugehen.

Am „unteren Ende“ des Spektrums des Corona-Kapitalismus finden wir also diese Ansätze zur Zwangsarbeit.

2.2 Der Datenkapitalismus und die Aarogya-Setu-App

Am „oberen Ende“ des Corona-kapitalistischen Regimes steht ein gewaltiger Druck der Regierung, *Aarogya Setu* herunterzuladen, eine Kontakte aufzeichnende Mobilphone-App, die vom Gesundheitsministerium lanciert wurde und angeblich in der Lage ist, vom Risiko der Infizierung mit COVID-19 bedrohte Nutzer*innen zu identifizieren.

Das Ministerium hat die sozialen Medien aufgefordert, die Installation der App unter ihren Nutzer*innen zu propagieren, und als Ziel, ein Minimum von Millionen Downloads angegeben. Zusätzlich wurden die Betreiber aufgefordert, die Fortschritte an dieser Front täglich an die Regierung zu melden. Die Regierung hat den Betreibern mitgeteilt, dass ihr Zielobjekt die Gesamtheit der Mobiltelefon-Nutzer*innen ist.

Einige bundesstaatlichen Regierungen haben alle Universitäts- und College-Lehrer*innen aufgefordert, die App herunterzuladen, und einige Abteilungen der Zentralregierung haben ihre Angestellten dazu verpflichtet. Normale Bürger*innen erhalten täglich E-Mails oder Drucksachen, die zum Herunterladen auffordern. Einige Nahrungsmittelketten haben es für ihre Abnehmer*innen verpflichtend gemacht, die App zu installieren. Kurz: *Aarogya Setu* wird von Seiten der Regierung wie privater Interessenten aggressiv propagiert.

Kein Geringerer als Bill Gates hat einen Brief an den Premierminister geschrieben, in dem er ihm zu *Aarogya Setu* gratuliert. Gates Freude über eine App, die Daten über die Gesamtheit der Mobiltelefon-Benutzer in Indien sammelt, ist nicht allzu überraschend. In den USA wurde mindestens ein Versuch der *Gates Foundation* durch Eltern und Schulverwaltungen unter Berufung auf Themen wie Privatheit und Sicherheit vereitelt,

gewaltige Mengen unspezifizierter Daten auf dem Weg über Schultest-Noten zu gewinnen.

Aarogya Setu hat sich in einer Vielzahl von Dimensionen als höchst problematisch erwiesen. Wie ein sorgfältiger Bericht der *Internet Freedom Foundation* (IFF) feststellt, ist die App „ein Minenfeld für die Privatsphäre, und sie hält sich nicht an die Prinzipien der Minimisierung, der strikten Zweckbegrenzung und der Rechenschaftslegung“¹⁵.

Auch weltweit gesehen werden Befürchtungen gegenüber Kontakte aufzeichnenden Apps formuliert, ein Phänomen, das *The Economist* als „Errichtung des Coronopticons“¹⁶ bezeichnet hat. In Singapur und in Europa können, wie der IFF-Report ausführt, nur Gesundheitsministerien Zugang zu diesen Systemen haben und entsprechender Datennutzung haben. In Indien gibt es solche Garantien jedoch nicht. Ganz anders als in Singapur, wo der Staat juristisch gebunden ist, die Daten ausschließlich zur Krankheitskontrolle zu nutzen, sagt die *Aarogya Setu* App das genaue Gegenteil, dass nämlich die Regierung deine Daten mit unspezifizierten „anderen Agenturen“ zu unspezifizierten „anderen Zwecken“ teilen darf. Die App könnte der Regierung eventuell ermöglichen, Aspekte des Privatlebens der Nutzer*innen auszuspähen, die mit COVID-19 nichts zu tun haben. Außerdem besteht, wie der IFF-Report sagt, die Gefahr, dass persönliche Informationen über die Nutzer*innen nicht nur für die Dauer dieser Krise des öffentlichen Gesundheitswesens aufbewahrt werden, sondern darüber hinaus.

Überwachung durch den Staat ist nicht notwendig ein kapitalistisches Projekt. Was hier relevant ist, ist jedoch das Aufkommen eines *Datenkapitalismus*, der in der Mitte der 1990er Jahre begann und heute ein fest verankertes Phänomen ist. Sarah Myers West (2017) definiert den Datenkapitalismus als „ein System, das eine asymmetrische Machtumverteilung zugunsten der Akteur*innen ermöglicht, die Zugang zu Informationen und die Fähigkeit besitzen, Sinn daraus zu machen“ (ebd.: 20).

Wann immer wir ins Internet gehen mit sozialen Medien, Online-Einkäufen und Suchmaschinen hinterlassen wir Spuren, die durch Unternehmen zu kommerziellen Zwecken gesammelt werden. Anders als Whistleblowing und staatliche Überwachung, die als Ausreißer gesehen werden können, macht uns der Datenkapitalismus in seinem normalen Funktionieren zu freiwilligen „Prosumer*innen“, eine Bezeichnung, die Produktion und

15 *Is Aarogya Setu Privacy-first? Nope, but it Could be-- If the Government Wanted.* #Save-OurPrivacy. <https://internetfreedom.in/is-aarogya-setu-privacy-first-nope-but-it-could-be-if-the-government-wanted/>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

16 „Countries Are Using Apps and Data Networks to Keep Tabs on the Pandemic“. In: *The Economist*, 26.3.2020 <https://www.economist.com/briefing/2020/03/26/countries-are-using-apps-and-data-networks-to-keep-tabs-on-the-pandemic>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

Konsumtion kombiniert und die entgegengesetzte Bedeutung von dem utopischen Gebrauch bekommen hat, den Alvin Toffler 1980 für sie vorgesehen hatte. Toffler hatte eine postindustrielle Dritte Welle im Blick, in der die Produktion nicht in Gebrauch und Austausch aufgespalten wäre, und in der die Menschen wegen der abnehmenden Zahl der Arbeitsstunden zunehmend das produzieren, was sie auch konsumieren würden. Der Terminus hat durch das Datenkapital einen Bedeutungswandel erfahren und bezeichnet nun die diesem zur Verfügung stehenden Ressourcen. Als Online-Nutzer*innen *produzieren* wir Daten für die Nutzung durch den Datenkapitalismus und *konsumieren* gleichzeitig soziale Medien, und Online-Güter und -Dienstleistungen. Datenkapitalisten sehen Prosumer*innen als „neue Wachstumschance“. Daten werden durch die Kapitalisten von heute genau so gesehen, wie die Natur im Projekt der Aufklärung wahrgenommen wurde – etwas, was „da draußen“ frei verfügbar ist und bearbeitet werden kann, etwas, was aus seinem Rohzustand entfernt und umgestaltet werden muss, um nützlich zu werden. Das unnachgiebige Drängen der indischen Regierung, die App herunterzuladen, sowie die Daten, die dadurch generiert werden, und in einer Weise genutzt, geteilt und gespeichert werden können, über die wir keine Kontrolle haben, kennzeichnen den Corona-Kapitalismus am oberen Ende.

Die neoliberale Agenda ist nicht notwendig mit der Hindu-Nation verbunden, aber wo sie es ist, ist die Wirkung umso verheerender. Der Mythos vom „städtisch-maoistischen *Jihadi*-Netzwerk“¹⁷, eine vom RSS ausgeheckte wirre Phrase, verschmilzt die Feinde der Hindu-Vorherrschaft – *Jihadi* –, und die des Raubtier-Kapitalismus – städtisch-maoistisch – miteinander, um die Gegner*innen dieser Projekte effektiv zum Schweigen zu bringen. Tausende von politisch motivierten Verhaftungen in den letzten paar Jahren trafen Journalist*innen, Akademiker*innen und Künstler*innen, denen vorgeworfen wurde, „städtische Maoisten“ zu sein. Der 80-jährige revolutionäre Dichter Varavara Rao, der 2018 unter dem lächerlichen Vorwurf eines Mord-Komplots gegen den Premierminister und einer mutmaßlichen Zusammenarbeit mit einer mächtigen *Dalit*-Vereinigung verhaftet wurde, ist einer von ihnen. Im Gefängnis wurde er als COVID-positiv getestet, und sein Zustand ist immer noch ernst.

3. Was steht uns bevor?

Während Indien in die Reihe der Länder mit den meisten COVID-Infektionen aufgestiegen ist (momentan zweiter nach den USA), kochen Wut und Ärger über viele andere Dinge hoch. Der Lockdown und die Abstandsregeln haben

17 *Jihad* – heiliger Krieg, *jihadi* – heilige Krieger (Anm. d. Übers.).

massive Demonstrationen wie diejenigen gegen das CAA verhindert, die das Land vor der Pandemie erlebt hat. Inzwischen gewinnen Diskussionen über den Klimawandel und Alternativen zum Wachstum an Zugkraft; Hochschullehrer*innen denken über eine Zukunft außerhalb von physischen Hörsälen nach, was große Mengen an Studierenden ohne Zugang zum Internet ausschließen, uns aber auch zwingen würde, uns über andere Formen der Teilhabe an Wissen Gedanken zu machen.

Für uns ist das ein seltsames Interregnum, voll Widerstand und Resignation, Verzweiflung und Hoffnung, Solidaritäten und internen Spaltungen, Wut und Kreativität. Wie die drückend schwüle Periode, die dem Monsun unmittelbar vorausgeht, atemlos und abwartend, bis plötzlich die Wolken bersten – es fühlt sich an, wie wenn ein momentaner Bruch bevorstände, sowohl außerordentlich als auch unvermeidbar. Und er könnte den Überfluss oder die Katastrophe bringen.

Zum ersten Mal seit der Pandemie sind die Wolken in massiven landesweiten Protesten gegen die Gruppen-Vergewaltigung und die brutale Ermordung einer *Dalit*-Frau durch Hochkastige in Hathras, Uttar Pradesh, geborsten. Staatliche Institutionen haben die Ereignisse dreist vertuscht, aber die öffentliche Empörung ist massiv und weit verbreitet.

*Aus dem indischen Englisch übersetzt von
Gerhard Hauck und Christa Wichterich*

Literatur

- Brass, Paul (2003): *The Production of Hindu-Muslim Violence in Contemporary India*. Seattle, US-WA.
- Césaire, Aimé (2000): *Discourse on Colonialism*, New York, US-NY.
- Das, Ayaskant (2020): „Home Ministry Attempting to Convert Migrant Shelter Homes into Concentration Camps“. In: *News Click*, 21.4.2020, <https://www.newsclick.in/Home-Ministry-Attempting-Convert-Migrant-Shelter-Homes-Concentration-Camps>, letzter Aufruf: 17.10.2020.
- Ellis-Petersen, Hannah (2020): „„We are not Safe“: India’s Muslims Tell of Wave of Police Brutality“. In: *The Guardian*, 3.1.2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/jan/03/we-are-not-safe-indias-muslims-tell-of-wave-of-police-brutality>, letzter Aufruf: 17.10.2020.
- Ellis-Petersen, Hannah, & Shaikh Azizur Rahman (2020): „Delhi’s Muslims Despair of Justice after Police Implicated in Riots“. In: *The Guardian*, 16.3.2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/16/delhis-muslims-despair-justice-police-implicated-hindu-riots>, letzter Aufruf: 17.10.2020.
- Jain, Ritika (2020): „How India’s Government Set Off A Spiral Of Islamophobia“. In: *article 14*, <https://www.article-14.com/post/how-india-s-government-set-off-a-spiral-of-islamophobia>, letzter Aufruf: 17.10.2020.
- Myers West, Sarah (2017): „Data Capitalism: Redefining the Logics of Surveillance and Privacy“. In: *Business & Society*, Bd. 58, Nr. 1, <https://journals.sagepub.com/>

doi/10.1177/0007650317718185, letzter Aufruf: 19.10.2020 (<https://doi.org/10.1177/0007650317718185>).

Rautray, Samanwaya (2020): „NRC must to Identify Non-citizens: Govt to SC“. In: *The Economic Times*, 17.3.2020, <https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/nrc-must-to-identify-non-citizens-govt-to-sc/articleshow/74680527.cms?from=mdr>, letzter Aufruf: 17.10.2020.

Tew, Yvonne (2018): „Stealth Theocracy“. In: *Virginia Journal of International Law*, Bd. 58 Nr. 31, S. 31-96.

Toffler, Alvin (1980): *The Third Wave. The Classic Study of Tomorrow*. New York, US-NY.

Anschrift der Autorin:

Nivedita Menon

nivmen@gmail.com